

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 1. Februar 1927.

Die Beratung des städtischen Rechnungsabschlusses für das Jahr 1925.

Der Gemeinderat begann heute mit der Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1925. Bürgermeister Seitz teilte bei Beginn der Sitzung mit, dass zunächst die Generaldebatte abgeführt werden wird. Dazu sind fünf Christlichsoziale Redner gemeldet. Es liegen auch Wortmeldungen für die Spezialdebatte vor, doch können sie nicht zur Kenntnis genommen werden, weil erst auf Grund der Generaldebatte zu beschliessen sein wird, in welche Beratungsgruppen die ganze Materie eingeteilt wird. Erst wenn das festgestellt ist, können sich die Mitglieder des Gemeinderates zu den einzelnen Gruppen, die aber nicht mit den Verwaltungsgruppen des Voranschlags identisch sind, als Redner eintragen.

Stadtrat Breitner leitet nun die Verhandlungen ein. Er stellt zunächst in formaler Beziehung fest, dass es nicht möglich gewesen, den nach der Verfassung vorgesehenen Termin zur Einbringung des Rechnungsabschlusses einzuhalten. Der Abschluss sollte bereits am 30. September 1926 vorgelegt werden. Der Grund dieser Verspätung liegt darin, dass heuer zum erstenmale das Goldbilanzengesetz angewendet werden musste und dass vielfache Veränderungen im Verordnungsweg verfügt worden sind. Das Gesetz hat übrigens den Termin bis 30. November verlängert und auch daraus ist die Verspätung erklärlich. Es müsste aber festgestellt werden, dass dieser 30. September an und für sich ein ungünstiger Termin sei, weil ihm die Erlaubnismonate vorangehen und eine so grosse und schwere Arbeit, wie die Fertigstellung des Rechnungsabschlusses unmöglich gemacht wird. Das war auch unter der früheren Verwaltung so. In den letzten drei Friedensjahren konnte der Rechnungsabschluss auch erst mit Verspätungen von 54 bis 66 Tagen fertiggestellt werden. Man wird Gelegenheit nehmen, wenn irgendeine Aenderung der Verfassung erfolgt, auch auf alle diese Schwierigkeiten zu denken und einen geeigneteren Termin festzusetzen.

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 1925 weist einen Überschuss von 56 Millionen Schilling aus. Da der Voranschlag einen Abgang von 59 Millionen Schilling verzeichnet hat, so hat dieses Jahr um 115 Millionen Schilling besser abgeschnitten, als erwartet wurde. Diese günstige Gebarung hat verschiedene Ursachen. Der Bund hat an die Gemeinde die schuldigen Steuertragsanteile aus dem Jahre 1923 und 1924 bezahlt. Das sind 33 Millionen Schilling, die in den Voranschlag nicht eingestellt werden konnten. Dazu kommen noch 37 Millionen Schilling als Mehreinnahme aus den Abgabentragsanteilen für das Jahr 1925. Auch hier kann der Gemeinde kein Vorwurf wegen nachlässiger Budgetierung gemacht werden. Wir haben die Höhe dieser Anteile genau nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen in den Voranschlag eingesetzt. Die Zuschläge zu den Immobiliengebühren und zur Rentensteuer haben um 1.7 Millionen Schilling mehr gebracht. Ferner wurde die Regelung der Übernahme des Beamtenapparates der Staathalterei abgeschlossen, wodurch die Gemeinde eine Abfindung von fünf Millionen Schilling erhielt. Insgesamt sind es ¹⁹²⁵ 82.5 Millionen Schilling Mehreinnahme, die der Gemeinde vom Bund im Jahr ¹⁹²⁵ überwiesen worden sind. Keine einzige der erwähnten Posten, konnten im Voranschlag eingesetzt werden. Wenn man diesen Betrag ausschaltet, so bleibt eine Verbesserung des Budgets um 33 Millionen Schilling, das heisst, eine zehnprozentige Differenz zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss. Da kann man gewiss keinen Vorwurf erheben, dass eine bewusste Irreführung vorliege. Es ist für jede Körperschaft ganz aussergewöhnlich schwer 14 Monate vorher eine genaue Aufstellung ihrer Einnahmen und Ausgaben für das nächste Jahr zu machen. Das ist schon bei kleinen Unternehmungen nicht leicht, es ist natürlich noch weit

aus schwerer bei einer Hochverwaltungen mit mehr als 25.000 Angestellten. Auch die Verhältnisse beim Bund sind ähnlich. Im Jahre 1925 weist der Rechnungsabschluss des Bundes einen Überschuss von 76 Millionen Schilling aus, während im Voranschlag ein Gebarungsabgang von 74 Millionen Schilling eingesetzt war. Das ist eine Verbesserung um 150 Millionen Schilling. Die Gemeinde ist übrigens durch die Abgabenteilung in einem so hohen Masse vom Bundesbudget abhängig, dass der Voranschlag des Bundes eine gewisse Wechselwirkung auf das Gemeindebudget ausüben muss. Die Gemeindeverwaltung hat übrigens das budgetmässige Defizit des Jahres 1925 keineswegs durch neue Steuern bedeckt, sondern die Kassenbestände herangezogen. Es ist also keine Belastung der Wirtschaft eingetreten. Die Prüfung, inwieweit die grossen Arbeiten, die im Voranschlag enthalten sind, auch wirklich durchgeführt wurden, ergibt, dass die 114 Millionen Schilling für aufbauende Arbeit im Jahre 1925 auch wirklich verbraucht wurden. Die Gemeinde hat voll und ganz das grosse Investitionsprogramm erfüllt. Auch hier beweist der Rechnungsabschluss, dass die in Aussicht genommenen Arbeiten zur Gänze durchgeführt worden ist.

G.R. Angermayer (chr. soz.) führt aus, dass die Rechnungsabschlüsse seit einer Reihe von Jahren viel zu spät vorgelegt werden. Es sei daher notwendig, an den Herrn Finanzreferenten den Appell zu richten, in Zukunft die Rechnungsabschlüsse rechtzeitig vorzulegen.

Was das finanzielle Ergebnis des vorliegenden Rechnungsabschlusses anlangt, so muss gesagt werden, dass es in zwei Gruppen zerfällt, in die Gebarung mit den eigenen Geldern und in die Verwaltung der Fondsgelder. Bei der Gebarung mit eigenen Geldern wurde im Voranschlag für 1925 ein Defizit von 59 Millionen Schilling veranschlagt. Dieser Abgang hat sich aber in einen Überschuss von 56 Millionen verwandelt. Die Einnahmen also, die mit 328 Millionen veranschlagt worden waren, wurden um 40 Prozent vermehrt, während die Ausgaben bloss eine Vermehrung um vier Prozent erfuhren. Das Jahr 1925 hat daher um 115 Millionen Schilling besser abgeschnitten. Das ist eine unerträgliche Belastung der Wirtschaft. Eine derartige Mehrbelastung erträgt nicht einmal eine gesunde Wirtschaft, viel weniger eine kranke. Was die Gebarung mit den Fonds betrifft, muss festgestellt werden, dass sich ^{das} Fondsvermögen infolge des Bestehens des Mieterschutzes ungeheuer verringert. Die Stiftungshäuser sind ertraglos. Die Gemeinde gibt daher den Fonds Vorschüsse. So hat sie dem Bürgerkapitalfonds 1,226,057 Schilling vorgeschossen. Das ist eine verschleierte Einnahme, weil der Vorschuss ja wieder zurückgezahlt werden muss. Eine zweite solche verschleierte Einnahme ist die Wasserkraftabgabe. Sie hatte im Jahre 1925 ein Erträgnis von 3,181,709 Schilling. Zusammen mit den Fondsvorschüssen macht das die Summe von 4,407,766 Schilling aus. Dieser Betrag zu dem Bargeldüberschuss dazugezählt ergibt die ungeheure Summe von 60,960,321 Schilling. Eine Reihe anderer verschleierter Einnahmen sind die Rücklagen bei den verschiedenen Betrieben. Solche Rücklagen finden wir bei der Wasserversorgung mit 1,800,000 Schilling, bei dem Kapitel Gemeindefriedhöfe mit 186,000 Schilling, beim Wirtschaftsamt mit 411,000 Schilling und schliesslich bei der städtischen Bäckerei mit 40,000 Schilling. Diese Rücklagen machen zusammen 2,437,000 Schilling aus. Dazu kommt noch die Rücklage bei den Fleischversorgungsanlagen mit 200,000 Schilling, sodass wir zu der Summe von 2,637,000 Schilling kommen. Diese Summe zu der Summe von 60,990,321 Schilling dazugerechnet ergibt also ein Mehrerträgnis von 63,627,321 Schilling gegen 56,000,000 Schilling, die im Rechnungsabschluss ausgewiesen sind.

Unser Misstrauen gegen das Budget 1925 war also berechtigt. Das Jahr 1923 hat einen Ueberschuss ergeben. Für das Jahr 1924 wurde ein Abgang veranschlagt und es ist aus diesem ein Ueberschuss geworden. Wir sehen, dass sich das immer wiederholt. Darin liegt das System, ein Defizit zu präliminieren, um bei Steuernachlässen immer darauf hinweisen zu können. Die Erklärung, wie aus dem ursprünglichen Defizit ein Ueberschuss verhandelt wird, liegt in der besseren Erfassung der Steuern, in dem die Grundlagen immer mehr und mehr erweitert werden.

Auch im Jahre 1925 ist es dem Herrn Breitner gelungen, bei den tristen Verhältnissen aus der Wirtschaft 115 Millionen Schilling herauszuziehen. Das wird damit zu erklären versucht, dass der Bund als Retter aufgetreten sei. Stadtrat Breitner hat gesagt, dass der Bund der Gemeinde eine Mehrzahlung von 82 Millionen Schilling leistete. Sie haben ausser der Wohnbausteuer noch sechzig Millionen Schilling aus allgemeinen Steuern für die Wohnhausbauten verwendet. Hätten Sie eine Anleihe aufgenommen, dann wäre es also möglich gewesen im Jahre 1925 die Steuern um rund sechzig Millionen Schilling zu vermindern, ein Wunsch, den wir nur im Interesse der arbeitenden Stände und der Volkswirtschaft vorgebracht haben. Aus den Steuerträgern wurden im Jahre 1925 rund siebenhundert Millionen Schilling herausgeholt und an die Gemeindekassen abgeliefert. Das sind geradezu unersättliche Beiträge, die jedes Wirtschaftsleben ruinieren müssen selbst wenn es noch so gut fundiert wäre. Die Wirtschaftskrise drückt sich im Anmelden von 2759 Ausgleichsverfahren und in 1689 Insolvenzen aus. Wenn wir uns gegen solche Steuererpressungen wenden, dürfen Sie uns nicht den Vorwurf der Demagogie machen, schon deswegen nicht, weil wir heute in der Lage sind eine ganze Reihe von Ausgaben im Anleihewege zu decken. Der Rechnungsabschluss zeigt, dass unsere Kritik, die wir am Veranschlag schon geübt haben, vollständig berechtigt ist. Der Geist, der sich darin spiegelt muss schärfstens bekämpft werden. Solange Sie nicht ein dem Wirtschaftssystem angepasstes Steuer-system einführen so lange werden wir es auch bekämpfen und deshalb werden wir auch den Rechnungsabschluss unsere Zustimmung versagen.

G. R. Zimmerl (chr. soz.) bemerkt, jeder Rechnungsabschluss bestätige die Behauptungen der Minderheit in der Debatte über den Veranschlag, nämlich ein ausgewiesenes Defizit in der Gebarung, eine progressiv fortschreitende Bereicherung der Gemeinde und naturgemäss eine Verarmung der Wirtschaft. In der letzten Zeit haben zwei Kundgebungen stattgefunden: eine unpolitische der Handels- und Gewerbetreibenden, die nichts anderes als eine vernünftiger Form der Gemeindeabgaben ohne Einschränkung der Fürsorge- und Wohnbautätigkeit verlangt hat; eine politische der sozialdemokratischen Partei, der Stadtrat Breitner die Teilnehmer unrichtig informierte. Die Christlichsozialen haben 200 Millionen Schilling Steuernachlass verlangt, in ein paar Stunden hätte man sich über eine Ermässigung oder Erleichterung der Abgaben einigen können was der Wirtschaft zugute gekommen wäre. Aber ganz wahrheitswidrig wurde in jener Versammlung behauptet, dass wir die Ermässigung für die Reichen für die Schieber haben wollen. Diese bewusste Unwahrheit muss mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Redner beschäftigt sich mit der Frage einer Kontrolle der Gemeindefinanzen, die der Referent grundsätzlich ablehnte, in dem er den Mitgliedern der Minderheit die Buchsicht verwehrt und sich nur bereit erklärt Auskünfte zu erteilen. Aber beim Fehlen einer Kontrollmöglichkeit kann man überhaupt keine Auskünfte beanspruchen. Es müsste eben gestattet sein, die Belege des Rechnungsabschlusses und der Unternehmungen einzusehen, dann wäre wahrscheinlich

auch eine Anzahl von Auskünften notwendig. Auskunft ist ja nicht mit Kontrolle identisch. Da Sie auf Ihrer Weigerung beharren, müssen Sie sich auch weiterhin den begründeten Vorwurf einer kontrollosen Wirtschaft gefallen lassen. Vergebens verlangen wir auch seit Jahren dass dem Rechnungsabschluss ein Inventar beigelegt werde. Das ist doch die primärste Voraussetzung für einen Rechnungsabschluss. Wir wünschen ferner Auskunft über die 150 Millionen Schilling Kassensüberschüsse der Jahre 1923/1924 und 1925, wozu der Referent erklärte, dass das nur im Wege einer Inventur geschehen könnte. Eine Aufklärung ist bis heute nicht erfolgt. Die Mehrheit huldigt dem Grundsatz: Je weniger man berichtet, desto angenehmer ist die Arbeit, desto schwieriger aber die Kontrolle. Der Bericht des Kontrollamtes ist sehr dürftig. Das Amt hat im Laufe des Jahres viele Anträge gestellt und Anregungen gegeben, anscheinend auch Beanständungen vorgenommen, wie aus einer Bemerkung im Bericht hervorgeht. Darüber wird aber nichts berichtet. Verfassungsmässig bestünde doch die Verpflichtung dem Gemeinderat direkt einen Bericht vorzulegen.

Stadtrat Kunschak (chr. soz.) Das ist kein Bericht, sondern ein Preisrätsel!

G. R. Zimmerl: Sehr richtig! Das ganze Kontrollamt hat weder für die Bevölkerung noch für die Minderheit irgend einen Wert, es ist nichts anderes als eine Buchrevisionsstelle, den Charakter eines Kontrollamtes wird es so lange nicht haben, so lange nicht befolgt wird, was die Verfassung vorschreibt.

Redner bespricht die Ziffern der einzelnen Verwaltungsgruppen und verweist darauf, dass beispielsweise die Steigerung der ganzen Fürsorgetätigkeit, von der Professor Tandler während des Jahres so viel Aufhebens machte, bloss zwei Prozent betrage. Man kann aber auch Minderleistungen konstatieren und zwar in der Gruppe Strassenpflege, wo Investitionen dringend notwendig wären, Arbeitslose beschäftigt werden könnten; Statt der veranschlagten 41 Millionen Schilling sind für Zwecke der Strassenpflege nur 34 Millionen Schilling ausgegeben worden. Ihr Hauptaugenmerk ist in Wirklichkeit nicht erhöhte Fürsorgetätigkeit, noch erhöhte Investitionen, sondern Sie wollen eine fortgesetzte Bereicherung der Gemeinde und wenn Sie auf diesem Wege fortfahren, dann wird das Jahr 1927 ein Katastrophenjahr für die Wirtschaft werden. Unter solchen Umständen müssen wir den Kampf gegen das Breitnersche System mit allen Mitteln weiterführen, und wenn gestern in der Volkshalle nach der Rede Breitners der Ruf nach baldigen Neuwahlen begeistert erklang, so stimmen wir in diesen Ruf gerne ein. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

St. R. Breitner: In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Breitner gegenüber den Bemängelungen Angermayers, dass so wenig Investitionen vorgenommen worden seien, die Gemeindeverwaltung habe ihr Investitionsprogramm restlos durchgeführt. Die Kundgebung der Handels- und Gewerbetreibenden welche hier als unpolitische bezeichnet wurde ging unter den Auspizien der christlichsozialen Partei vor sich, den ein christlichsoziales Mitglied des Gemeinderates führte den Vorsitz und Stadtrat Rummelhardt hat die Versammlung namens des Klubs der christlichsozialen Gemeinderäte begrüsst.

G. R. Kunschak (chr. soz.): Sie hätten ja auch hingehen und die Teilnehmer begrüssen können!

Dritter Bogen.

St. R. Breitner: Ich bin nicht lebensüberdrüssig. (Lebhafte Heiterkeit). Ich weiss nicht, ob man mich so sanft behandelt hätte, ich erfreue mich in diesen Kreisen keiner besonderen Sympathien, es waren eine Menge Steuerträger versammelt, deren Liebe zu erwerben ich mich niemals bestrebt habe. In dieser Versammlung hat Herr Gemeinderat Zimmerl die vollständige Abschaffung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe verlangt (Zahlreiche Zwischenrufe bei den Christlichsozialen). Wenn Sie heute diese Gewerbetreibenden von sich abschütteln wollen, kann man das auch zur Kenntnis nehmen und diese Gewerbetreibenden werden erkennen, dass zwischen Ihren Versprechungen und dem Versuch der Erfüllung ein scharfer Gegensatz besteht. Das werden die Grossen erkennen, wie es die Kleinen schon längst erkannt haben (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). Sicher ist, dass Ihrerseits der Antrag gestellt wurde auf restlose Abschaffung der Fremdenzimmerabgabe einschliesslich der Spundenhotels. (Zwischenrufe des Gemeinderates Kunschak). Sie wissen genau, dass die viereinhalb Millionen Schilling deren Streichung Sie beantragt haben, auch die Spundenhotels einschliesslich. In der Budgetdebatte hat Gemeinderat Zimmerl den Antrag gestellt, ein Gesetz einzubringen, durch welches die Fremdenzimmerabgabe aufgehoben wird, aber auch den Antrag, aus dem Veranschlag ^{in der} Budgetpost Fremdenzimmerabgabe viereinhalb Millionen Schilling zu streichen. Das ist gedruckt im Amtsblatt nachzulesen und so leicht können Sie sich das nicht machen, dass Sie erst Anträge stellen und dann erklären, dass Sie diese Anträge nicht ernst gemeint haben.

G. R. Kunschak (chr. soz.): Sie brauchten nur eine ^{Prostitutions-} abgabe einzuziehen!

St. R. Breitner: Es bleibt Ihnen überlassen einen solchen Antrag zu stellen. Gegenüber dem Gemeinderat Zimmerl wegen der Büchereinsicht ist auf die Feststellung des Verwaltungsgerichtshofes zu verweisen, der sagte, dass Recht auf Kontrolle könne nicht so weit gehen, dass eine Minderheit Einsicht in die Bücher nimmt, dazu ist oben das Kontrollamt da. Es ist ganz unrichtig, dass unser Kontrollamt eine blosser Buchrevisionsstelle ist. Das Amt hat nicht bloss die trockenen Buchungen zu prüfen, sondern die Wirtschaftlichkeit der Arbeiten und ihre richtige Ausführung. Deshalb wurden viele Fachleute zur Mitwirkung herangezogen, deren Kontrolltätigkeit in vielen Fällen die Gemeinde vor Schaden bewahrt. Wenn Gemeinderat Zimmerl das Fehlen eines Inventars bemängelt, so ist darauf zu verweisen, dass auch der Bund kein Inventar aufgestellt hat weder Niederösterreich oder ein anderes Bundesland dies getan, weil das eine ungeheuer schwierige zeitraubende Arbeit ist. Eine solche Arbeit konnte bisher keine Verwaltung in Oesterreich vornehmen. Das Kontrollamt hat das Recht aber nicht die Pflicht an den Gemeinderat zu berichten. Wir haben alle Vorsorge für eine unbeeinflusste Kontrolle getroffen und ich bitte den Gemeinderat in die Gruppenberatung einzugehen. Es wird schon in die Spezialdebatte eingegangen.

Zum Kapitel Personaletat bespricht Gemeinderat Doppler die einzelnen Mindererfordernisse in verschiedenen Gruppen der Personalausgaben. Das Pensionsetat steigt an, während das Etat für die aktiven Angestellten sinkt. Während die Veranschläge des Bundes über die Verhältnisse des Personals und seine Gruppierung einen Ueberblick gewähren, gewährt auch dieser Rechnungsabschluss keinen Ueberblick. Zu dieser Ordnung ist die Gemeinde Wien noch nicht gekommen. Ein dichter Schleier liegt über das Gebiet der Personalbewegung und Besoldung. Deshalb muss an die Gemeindeverwaltung das dringende Ansuchen gestellt werden, die einzelnen Posten zu systemisieren, damit endlich einmal ein Ueberblick möglich werde.

Eine heftige Kritik übt Gemeinderat Doppler an der sogenannten "Schreiberwiese". Das ist eine Einrichtung, wohin die misslichen Beamten abgeschoben werden. Dort kommen alle zusammen, die Schreiberwiese ist ein Massenquartier.

Gemeinderat Preyer (chr. soz.): Ein Massenarrest!

Gemeinderat Doppler: Man erfährt über die Schreiberwiese nur Anekdoten. Die Dinge sind nicht besser geworden.

Das Kapitel Gehaltsvorschüsse ist ebenfalls zu traurig, als dass man darüber hinweggehen könnte. Für das ungeheure Heer der städtischen Angestellten ist eine lächerliche Summe ausgewiesen. Auf dem Gebiete der Gehaltsvorschüsse kennen sie keine Fürsorge, versagen Sie ihren Angestellten die Hilfe, überlassen Sie den notleidenden Angestellten seinem Schicksal. Wir haben schon wiederholt erklärt, dass es verwerflich sei, die Angestellten an das Kreditinstitut zu wehen, wo sie bewuchert werden.

Es werden auch immer die Klagen lauter, dass Sie mit einer Reihe von städtischen Arbeitern sehr undemokratisch umspringen. Es gibt Leute, die ununterbrochen im Dienst stehen und von Ihnen von Zeit zu Zeit gekündigt werden. Das trifft ganz besonders bei den Arbeitern des Vermessungsdienstes zu. Durch Ihre Kündigungsmethode bringen Sie die Arbeiter um ihren Urlaub und um die Möglichkeit, einmal definitiv angestellt zu werden. Solche Dinge dürfen nicht gebilligt werden.

Gemeinderat Doppler ersucht schliesslich, in Zukunft eine andere Darstellung der Personalverhältnisse zu geben.

Stadtrat Rummelhardt bringt die Forderungen der Beamten der Landesversicherungsanstalt zur Sprache, die durch die Trennung des Landes Wien vom Land Niederösterreich von öffentlichen Beamten zu Privatangestellten gemacht wurden. Seit Jahren fordern Sie die Uebernahme entweder in den Dienst der Gemeinde oder in den Dienst des Landes Niederösterreich. Sie wollen wieder öffentliche Beamte werden. Ich richte daher an die Stadträte Speiser und Breitner sowie auch an die niederösterreichische Landesregierung das Ersuchen, den Beamten die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Stadtrat Rummelhardt bespricht sodann die Wünsche der Kriegsinvaliden in städtischen Diensten. Während der Bund seinen kriegsinvaliden Angestellten Zulagen, Vorteile in der Vorrückung und Zurechnung von Dienstjahren gewährt, verweigern Sie Ihren kriegsbeschädigten Angestellten das Alles. Wir werden solange nicht ruhen, bis Sie Ihre Pflicht gegenüber den kriegsbeschädigten Angestellten erfüllt haben. Bei der Besprechung der Schulleiterernennungen macht Stadtrat Rummelhardt die Mitteilung, dass die revolutionären Juden unter den Schulleitern den katholischen Religionsunterricht nicht nur inspizieren, sondern sogar in den Religionsunterricht eingreifen. Derartige Dinge sind doch unmöglich und müssen abgeschafft werden. Das Pädagogium ist eine reine Versorgungsanstalt für sozialdemokratische Lehrer und Professoren, neustens halten dort auch sozialdemokratische Gemeinderätinnen und Abgeordnete Vorträge, sie bezwecken damit nicht, die Lehrerbildung zu heben,

sondern die jungen Leute unter Missbrauch der Gewalt, die Sie dort haben, in das sozialdemokratische Fahrwasser zu treiben. Die jungen Leute müssen heute schon im Zentralverein organisiert sein. Das ist doch unwürdig, wenn man diese Lehrer in eine parteipolitische Organisation hineindrängt. Sie wollen ganz den moralischen Sieg über die jungen Leute erringen, damit nur parteiamtlich geeichte und punzierte Sozialdemokraten als Jugendbildner Verwendung finden. Dagegen müssen wir uns entschieden verhalten. Das ist niederträchtig und verabscheuungswürdig. Redner erklärt dann, das Verhalten des Stadtrates Richter, der der Opposition Gewissenlosigkeit vorgeworfen habe, neuerdings schärfstens zurückweisen zu müssen, ebenso sei es ungebührlich, wenn Stadtrat Siegel bei der Behandlung seines Ressorts nicht am Referententische erschienen ist. Auch dem Stadtrat Breitner müsse vorgehalten werden, dass er den Referentenplatz missbrauche und parteipolitische Organisation treibe. Schliesslich tadelt Redner das Verhalten des Bürgermeisters Seitz, während der letzten Budgetdebatte und verwehrt sich dagegen, dass der Bürgermeister nervös werde, die Minderheit ungerecht behandle und ihr ungerecht Ordnungsrufe erteile.

Stadtrat Speiser (Soz. Dem.) erwidert auf die vorgebrachten Beschwerden und Anklagen, bezeichnet sie als unrichtig, betont insbesondere, dass die Gemeinde Wien niemals mit der Winesache zu tun hatte und keinen Groschen für sie bereit stellte.

Redner erwäge den Plan eines Zentralkabasters aller städtischer Angestellten. Die Bemerkungen Rummelhardts über das Pädagogische Institut seien unzutreffend. Man brauche nur wieder an das Wort Luegers zu erinnern: Kein Sozialdemokrat oder Schönertianer wird angestellt und könne nur hinzufügen, dass jetzt niemand nach seiner politischen Gesinnung befragt werde. (Widerspruch bei den Christlichsozialen). Die Gemeindeverwaltung ist allerdings durch Vertragsabschlüsse mit den Organisationen bei der Auswahl ihres Personals an bestimmte Normen gebunden. Es ist nicht zu leugnen, dass vielleicht auch die sozialdemokratische Bevölkerung Wiens, nach dem sie 20 Jahre hindurch von jeder Anstellung in den städtischen Dienst ausgeschlossen war, jetzt eher damit rechnet. Die Aufforderung zum Beitritt in bestimmte Organisationen war schon früher durchaus üblich und Redner selbst sei bei seinem Abgang vom St. Pöltner Pädagogium mit dem Zeugnis die Mitgliedskarte einer katholischen Organisation eingehändigt worden, die er allerdings zurückgewiesen habe. (Stadtrat Rummelhardt: Dann war es auch ein Unfug!)

Auf die Vorwürfe des Stadtrates Rummelhardt, dass Bürgermeister Seitz die Minderheit ungerecht behandelt habe, und während der Budgetberatung nervös gewesen sei, erwidert Stadtrat Speiser, dass Bürgermeister Seitz in echt wienerischer Gemütlichkeit die Verhandlungen geleitet habe. (Starker Beifall bei den Sozialdemokraten).

Gemeinderat Schorsch unterbricht nach neun Uhr die Sitzung und teilt mit, dass die nächste Sitzung Freitag um 4 Uhr nachmittags stattfindet.